



GENERALVERSAMMLUNG VOM 24. AUGUST 2020 PROTOKOLL

Ort: Volkshaus Zürich, Konzertsaal
Anwesend: 90 Mitglieder
Sitzungsleitung: Marionna Schlatter
Protokoll: Benjamin Krähenmann

1. Begrüssung

Marionna Schlatter begrüsst die Anwesenden.

2. Wahl Stimmzähler*innen

Thomas Forrer wird als Stimmzähler gewählt.

3. Traktanden

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

4. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 28. November 2019

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt und verdankt.

5. Mitteilungen

- Partei & Vorstand

Das Sekretariat wurde durch Benjamin Krähenmann verstärkt. Er unterstützt schwerpunktmässig die Arbeit der Kantonsratsfraktion.

- Kantonsratsfraktion (Thomas Forrer, Fraktionspräsident)

Wir tagen immer noch in der Messe Oerlikon, in einem riesigen Saal. In der Klimasession vor den Sommerferien konnten wir Grüne unsere Ansichten klar vertreten und unseren Baudirektor unterstützen. Wir wollen auch in nächster Zeit vorwärts machen und unsere Anliegen durchbringen.

- Nationalratsfraktion (Bastien Girod, Nationalrat)

Es gab eine Rochade in der Führung, Aline Trede ist neue Fraktionspräsidentin, Balthasar Glättli Präsident der Grünen Schweiz. In der Herbstsession ist Covid ein grosses Thema, es geht darum, Verordnungen in ein Gesetz umzuwandeln. Das CO2-Gesetz wird als separates Gesetz behandelt. Die Unterstützung der Wirtschaft soll unter dem Slogan «build back better» automatisch an die Nachhaltigkeit gekoppelt werden. Der Green New Deal und unser Klimaplan

gehen ebenfalls in diese Richtung. Bitte bringt euch bis Ende September ein, wenn ihr Rückmeldungen habt. Danach gibt es einen weiteren Entwurf.

- Junge Grüne (Anika Brunner, Vorstandsmitglied)

Die GL wurde mit Maimuna Barry erweitert. Lea Wenger tritt per Ende September als Co-Präsidentin zurück. Am Weltflüchtlingstag wurde ein Livestream in den sozialen Medien organisiert, ein voller Erfolg. Bezüglich Plastikrecycling werden auch auf Druck der junggrünen Petition «für ein flächendeckendes Plastik-Recycling» Kunststoffsammlungen in der Stadt Zürich, in Höngg und Schwamendingen, geprüft und scheinen zu funktionieren.

6. Jahresbericht & Jahresrechnung 2019

Die Einnahmenseite sieht erfreulich aus. Der Mitgliederzuwachs schlug sich auch in den Mitgliederbeiträgen nieder. Zusätzliche Einnahmen gab es bei den Behördenabgaben und dem Fraktionsbeitrag. Dadurch konnten die personellen Ressourcen im Sekretariat aufgestockt werden. Auf der Ausgabenseite war der Lohnaufwand aufgrund des Doppelwahljahres deutlich höher als im Vorjahr. Es wurden Rücklagen für den 2021 geplanten Umzug des Sekretariats in das Zollhaus gemacht. Im Normalfall ist man nach einem Doppelwahljahr auf null, das ist jetzt nicht der Fall. Wir konnten viele Mitglieder gewinnen und Spenden akquirieren. Dieser riesige Erfolg ist sehr erfreulich. Die Rechnung wurde von unserer Revisionsstelle geprüft und abgenommen.

Der Jahresbericht 2019 wird einstimmig abgenommen.

Die Jahresrechnung 2019 wird einstimmig abgenommen.

7. Abstimmungen vom 27. September 2020

- Strassengesetz (Thomas Forrer, Fraktionspräsident)

Die Änderung des Strassengesetzes wurde durch eine Parlamentarische Initiative von Alt-Kantonsrat Röbi Brunner angestossen. Wir stimmen darüber ab, ob 20 Prozent der Einlagen in den kantonalen Strassenfonds den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Eine Gemeinde, die mehr Strassen hat, erhält mehr Geld. Eine Gemeinde, die weniger Strassen hat, erhält weniger Geld.

Der Grund für diese Gesetzesänderung ist der steile Anstieg des Strassenfonds'. Das Geld kommt aus der Strassenverkehrsabgabe, der Mineralölsteuer und der LSVA. Es kommt viel mehr Geld in den Fonds, als effektiv gebraucht wird. Dem Kanton stehen etwa 450 Millionen Franken zur Verfügung, er braucht aber nur 350 Millionen. Im Kanton gibt es 5400 km Gemeindestrassen, aber nur 1500 km Kantonsstrassen. Für die Gemeindestrassen steht aber weniger Geld zur Verfügung als für die Kantonsstrassen. Wir möchten Steuerzahlende und kleine, ländliche Gemeinden entlasten. Das überschüssige Geld soll sinnvoll verteilt werden. Unser Ziel ist es, dass beim Kanton kein Strassengeld gebunkert wird und wir Verursachergerechtigkeit schaffen.

- Zusatzleistungsgesetz (Silvia Rigoni, Kantonsrätin)

Thema sind durch Steuergelder finanzierte Zusatzleistungen für AHV- und IV-Renten. Die Gemeinden bezahlen für diese Zusatzleistungen sehr viel und sind je nach Zusammensetzung ihrer Einwohner*innen stark belastet. Die Stadt Zürich, Winterthur und Dietikon gehören zu den stark belasteten Gemeinden. Es besteht ein Fehlanreiz für Gemeinden. Gemeinden können nur sparen, indem sie möglichst ‚günstige‘ Einwohnende haben. Dies wird durch eine Wohnbaupolitik,

die sich auf hochpreisige Wohnungen fokussiert und keine Alterswohnungen einschliesst, erreicht.

Die Idee des Gesetzes ist es, dass die ganzen Soziallasten neu verteilt werden. Der Fokus liegt nur auf den Zusatzleistungen, dies wurde in der Kommission entschieden. Gemäss dem Gesetzesvorschlag soll der Kantonsanteil von 44 auf 70 Prozent hochgesetzt werden. Dadurch gibt es einen gewissen Ausgleich, der aber nicht ganz gerecht ist. Eine Gemeinde, die beispielsweise auf 125 Prozent der Durchschnittskosten ist, erhält nicht mehr Geld. Eine wirklich gerechte Verteilung, das heisst eine Verteilung pro Kopf, gibt es aber immer noch nicht. Wir tragen den vorliegenden Kompromiss trotzdem mit, da es dadurch mehr Solidarität unter den Gemeinden gibt. Die Akzeptanz günstiger Alterswohnungen und von Sozialleistungen werden erhöht. Deshalb: Ja zum Zusatzleistungsgesetz.

- Beschaffung neuer Kampffjets (Marionna Schlatter, Nationalrätin)

2014 wurde der Gripen auch aufgrund der Kosten von 3.1 Milliarden Franken abgelehnt. Nun geht es gar um einen Betrag von 6 Milliarden.

Weshalb müssen wir die Kampffjets ablehnen? Sie schützen uns nicht vor den neuen Bedrohungen. Gemäss der Risikoanalyse des BABS (Bundesamt für Bevölkerungsschutz) bergen mögliche Strommangellagen, Pandemien oder Hitzewellen die grössten Risiken. Im sicherheitspolitischen Bericht werden Cyber-Risiken, gewalttätiger Extremismus und Terrorismus als grösste Bedrohungen genannt. Der Bund richtet seine Sicherheitspolitik also nicht auf die realen Bedrohungen aus, sondern spielt Militär. Das VBS kann nicht aufzeigen, wofür die Kampffjets gebraucht würden. Die Gesamtkosten sind immens. 6 Milliarden kostet die Beschaffung, 6 Milliarden der Treibstoff, 6 Milliarden die Instandhaltung und 6 Milliarden die Upgrades und Kampfwertsteigerungen.

Wir brauchen eine Luftpolizei, dafür brauchte aber nur etwa 8-12 Flugzeuge und keine Kampffjets. Mit der Beschaffung neuer Kampffjets wird keine Sicherheits-, sondern Industrie- und Rüstungspolitik betrieben. Das Sicherheitsargument wird so ad absurdum geführt. Offset-Geschäfte sind problematisch. Wollen wir wirklich Geschäfte mit den USA machen? Wir würden uns in eine massive Abhängigkeit begeben. Das ist demokratiepolitisch höchst fragwürdig.

Wir sollen die wahren Bedrohungen ernst nehmen und die Kampffjets ablehnen!

- Kündigungsinitiative (Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin)

Ich hoffe sehr stark, dass die Begrenzungs- bzw. Kündigungsinitiative mit Vehemenz abgelehnt wird. Eine Annahme der Initiative würde die Kündigung sämtlicher Verträge der Bilateralen I nach sich ziehen. Wir sind aber sehr stark mit der EU verbunden, überdies stehen wir vor globalen Herausforderungen. Wir können diese Probleme nicht alleine lösen. Die Annahme der Initiative wäre ein Desaster für die Wirtschaft, die EU ist die wichtigste Partnerin für die Schweiz. Das Gesundheitssystem wäre während des Lockdowns ohne Nicht-Schweizer Bürger*innen kollabiert. Mit der EU gibt es ein Personenfreizügigkeitsabkommen, das wir nicht aufs Spiel setzen wollen. Die Annahme der Initiative wäre ein Desaster für Bildung und Forschung. Sie wäre auch ein Desaster für alle Arbeitnehmenden und deren Rechte, die flankierenden Massnahmen (FLAM) würden wegfallen. Die Aufhebung des Lohnschutzes für ausländische Migrant*innen würde auch das Schweizer Lohngefüge durcheinanderbringen. Die FLAM dürfen nicht fallen. Die Initiative ist verlogen und menschenverachtend. Ohne FLAM und Bilaterale gäbe es für alle Nicht-Schweizer*innen Kontingente. Die Initiative war eine Wahlkampflokomotive. Die soziale

Personenfreizügigkeit ist eine Errungenschaft, die wir erhalten müssen. Deshalb NEIN zur menschenverachtenden Kündigungsinitiative.

8. Wahlen Parteigremien

Martin Neukom verabschiedet Esther Guyer aus dem Fraktionspräsidium.

1998 wurde Esther in den Kantonsrat gewählt. Von 2004 bis 2020 war sie Fraktionspräsidentin der Grünen. Sie hat die Partei geprägt und wird dies auch weiterhin tun. Wir freuen uns darauf, wenn Esther 2022 Kantonsratspräsidentin wird. Danke für deine grosse Arbeit, Esther!

Bastien Girod verabschiedet Marionna Schlatter als Parteipräsidentin.

Marionna hat das Präsidium 2011 übernommen, als die Grünen einen Wähler*innenanteil von 10.6% hatten. 2015 sank der Wähler*innenanteil auf 7.2%, die Stimmung war im Keller. Durch ihre Aufbauarbeit hat Marionna persönlich zum riesigen Erfolg bei den Wahlen 2019 beigetragen. Marionna hat sehr viel Einsatz für die Partei gezeigt, auch mit ihrer Kandidatur bei der Ständeratswahl 2019. Sie strahlt Vertrauen aus und ist authentisch. Danke für deine grosse Arbeit, Marionna!

Bericht aus der Findungskommission für ein neues Präsidium

Die Findungskommission bedankt sich für das Vertrauen des Vorstands. Das Präsidium wurde ab Anfang Januar 2020 ausgeschrieben, viele Interessierte haben sich gemeldet. Simon Meyer und Selma L'Orange Seigo waren auch nach dem Lockdown noch motiviert, andere sind abgesprungen.

Vorstellung Simon Meyer und Selma L'Orange Seigo

Simon und Selma bringen die idealen Qualitäten für dieses Amt mit. Sie haben bereits viel politische Erfahrung und arbeiten sehr kompetent.

Simon Meyer ist in Niederweningen aufgewachsen und lebt seit zehn Jahren in der Stadt Zürich. Er hatte als Gemeinderat in Niederweningen bereits ein Exekutivamt inne. Nach seinem Jus-Studium im zweiten Bildungsweg hat er sich selbstständig gemacht, er ist Geschäftsleiter eines mittelständischen Unternehmens. Sowohl institutionelle Politik als auch Aktivismus sieht er als notwendig an. Die Zeit ist reif, Grüne Politik zu machen. Die Kombination aus Möglichkeit und Notwendigkeit muss jetzt genutzt und Weichen für eine grüne und soziale Zukunft gestellt werden. Der Green New Deal ist der Ausweg aus der Corona-, Wirtschaftskrise und Klimakrise.

Selma L'Orange Seigo ist seit gut einem Jahr Kantonsrätin und arbeitet in einem ETH-Projekt, um menschliches Verhalten nachhaltiger zu gestalten. Sie möchte die Grünen stärker vernetzen und unterstützen, um Grüne Politik vor Ort machen zu können. Neue Akzente sollen mit dem Green New Deal gesetzt werden und die Auswirkungen auf Zürich, den wirtschaftsstärksten Kanton der Schweiz aufgezeigt werden. Es gibt noch viel zu tun, zum Beispiel im Thema Gleichberechtigung. Unseren Kindern und Enkelkindern soll eine lebenswerte Welt hinterlassen werden; in einem intakten sozialen und ökologischen Umfeld.

Simon Meyer und Selma L'Orange Seigo werden per Akklamation gewählt.

Wahl Geschäftsleitung

David Galeuchet, Julian Croci (bisher)

Simon Meyer und Selma L'Orange Seigo (neu, als Co-Präsidium)

Von Amts wegen: Thomas Forrer, Fraktionspräsident (neu)

Die Geschäftsleitung ist per Akklamation gewählt.

Wahl Vorstand

Den austretenden Vorstandsmitgliedern Ralf Margreiter, Felix Neff und Linda Müller wird für ihr grosses Engagement gedankt.

Die beiden Jungen Grünen Anika Brunner und Diana Diaz stellen sich zur Wahl.

Der Vorstand wird per Akklamation bestätigt.

9. Varia

Die Materialien zu den Abstimmungen vom 27. September 2020 liegen bereit.

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21:35 Uhr